

Frau Stadtpräsidentin Schättiger berichtet, dass von einer interfraktionellen Gruppe Vorschläge zur Konsolidierung vorbereitet wurden. Diese wurden von der Verwaltung zusammengefasst und mit einer Übersicht zum Abstimmungsverfahren als Tischvorlage vorgelegt, sowie als Anlagen zur Drucksache, im Ratsinformationssystem hinterlegt. In die zusammengefasste Liste ist auch ein Änderungsantrag von Ratsherrn Joost eingearbeitet, der zusätzlich im Ratsinformationssystem bei TOP 13 hinterlegt wird.

Herr Oberbürgermeister Bergmann bringt die Vorlage ein und erläutert das Abstimmungsverfahren. Durch die teils vorgeschlagenen Stelleneinsparungen würden weiterhin anfallende Aufgaben in der Verwaltung anders verteilt werden müssen. Die Verwaltung bleibe jedoch arbeitsfähig. Künftig bräuchte es eine neue Disziplin im Umgang mit dem Haushalt.

Im Folgenden werden die verschiedenen Vorschläge intensiv und kontrovers diskutiert. Dabei wird mehrfach die gute Arbeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe hervorgehoben.

Ratsherr Joost bringt seinen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Einsparungen sollten vorrangig vor Steuererhöhungen vorgenommen werden, da diese die Wettbewerbsfähigkeit mindern würden. Die von ihm vorgeschlagenen Stelleneinsparungen seien möglich und es handele sich nur um unbesetzte Stellen.

Ratsherr Radestock gibt zu bedenken, dass in der Vergangenheit von der Verwaltung die Notwendigkeit neuer Stellen glaubhaft gemacht worden sei und dass solch eine Entscheidung nicht ohne die Einbindung der Beteiligten erfolgen solle.

Ratsfrau Dannheiser und Ratsherr Griesse weisen darauf hin, dass durch die vorgeschlagenen Stellenstreichungen die Konsolidierung zu Lasten der Verwaltung erfolgen würde.

Herr Omland nennt mögliche Auswirkungen der Stelleneinsparungen in unterschiedlichen Bereichen.

Abstimmung zur lfd. Nr. 1 des Abstimmungsverfahrens „Vorschlag Verwaltung“:
Dem „Vorschlag Verwaltung“ wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmung zur lfd. Nr. 2 des Abstimmungsverfahrens „Hebesatz Spielgerätesteuer auf 20 v.H.“:
Dem Vorschlag „Hebesatz Spielgerätesteuer auf 20 v.H.“ wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmung zur lfd. Nr. 3 des Abstimmungsverfahrens „Antrag Ratsherr Joost“:
Dem „Antrag Ratsherr Joost“ wird mit 21 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

Da mit diesen Beschlüssen der notwendige Eigenanteil der Verwaltung zur Beantragung der Konsolidierungshilfen erreicht ist, wird seitens der Ratsversammlung von weiteren Abstimmungen zu den lfd. Nrn. 4 bis 8 des Abstimmungsverfahrens Abstand genommen.

Ratsherr Radestock bringt einen Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Die GRÜNEN ein, mit welchem die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und ehrenamtlich Tätige ab 2016 gestrichen werden sollen, sowie auch die Zahlung eines jährlichen Zuschusses an den Verband politischer Jugend ab 2017. Der Ergänzungsantrag wird im Ratsinformationssystem bei TOP 13 hinterlegt. Ratsherr Radestock begründet den Ergänzungsantrag und erläutert den damit einhergehenden Einsparungseffekt.

Ratsherr Kühl äußert Bedenken gegen die im Ergänzungsantrag genannte Summe zum Einsparungseffekt bezüglich der Aufwandsentschädigungen. Des Weiteren weist Ratsherr Kühl darauf hin, dass sich die Höhe der Aufwandsentschädigungen aus einer Satzung ergebe und diese dann zunächst geändert werden müsse. Zudem verweist er auf den Aufwand, welcher mit dem Ehrenamt verbunden sei.

Abstimmung zur lfd. Nr. 9 des Abstimmungsverfahrens „Antrag Bündnis 90 Die Grünen“:
Der Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Die GRÜNEN wird mit 6 Ja-Stimmen und 32 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Fassung.